

Brementag 2018

Anträge

A1 Antragssteller: Basti Tietjen, Kreisverband Bremen

1 **Freiwilliger Eintritt für Beamte in eine gesetzliche Krankenversicherung**

2

3 **EntschlieÙung**

4 Der Brementag der Jungen Union Bremen möge beschließen, dass Beamte freiwillig in die gesetzliche
5 Krankenversicherung eintreten können

6

7 **Begründung**

8 Bisher ist es faktisch nur möglich sich als Beamter privat zu versichern. Gerade für chronisch Kranke,
9 Beamte mit Behinderung, kinderreiche und teilzeitbeschäftigte ist diese Angelegenheit sehr
10 kostspielig. Hamburg macht es gerade vor, dass sich vor allem junge Beamte gesetzlich versichern
11 können indem eine pauschale Beihilfe eingeführt wird. Damit soll das Krankenversicherungssystem
12 modernisiert werden und die öffentlichen Kassen sollen entlastet werden.

13

1 A2 Antragssteller: Basti Tietjen, Kreisverband Bremen

2 **Senkung des Rundfunkbeitrages für Auszubildende und Studierende**

3

4 **EntschlieÙung**

5 Der Brementag der Jungen Union Bremen möge beschließen, dass der Rundfunkbeitrag für
6 Auszubildende und Studierende auf einen monatlichen Betrag von 5 € gesenkt wird.

7

8 **Begründung**

9 Derzeit liegt der Rundfunkbeitrag bei monatlich 17,50 €, das sind 210 € jährlich. Die Senkung des
10 Beitrages für die genannten Zielgruppen soll dafür sorgen, dass sie mehr von ihrem Geld zur Verfügung
11 haben.

A3 Antragssteller: Basti Tietjen, Kreisverband Bremen

1 **Senkung der Lohnsteuer**

2

3 **EntschlieÙung**

4 Der Brementag der Jungen Union Bremen möge beschließen, dass die Lohnsteuer für
5 Arbeitnehmer*innen mit einem mittleren oder unteren Einkommen gesenkt wird.

6

7 **Begründung**

8 Damit gerade Arbeitnehmer*innen in der „Arbeiterschicht“ steuerlich entlastet werden und mehr von
9 ihrem verdienten Lohn behalten können, muss die Lohnsteuer gesenkt werden. Bei einem Brutto-
10 Monatseinkommen von etwa 2000 € liegt der Lohnsteuerbetrag ungefähr bei 186 € und beträgt somit
11 mehr als 10 % des verbleibenden Netto-Lohns.

A4 Antragssteller: Basti Tietjen, Kreisverband Bremen

1 **Senkung der Gewerbesteuer**

2

3 **EntschlieÙung**

4 Der Brementag der Jungen Union Bremen möge beschließen, dass der Gewerbesteuer-Hebesatz
5 gesenkt wird.

6

7 **Begründung**

8 Derzeit beträgt der Gewerbesteuer-Hebesatz 470 %, welcher im niedersächsischen Vergleich nur von
9 Hannover mit 480 % getoppt wird. Bremen soll wieder attraktiver für Unternehmen werden, damit
10 sich mehr Unternehmen hier ansiedeln. In den letzten Jahren sind immer wieder Unternehmen aus
11 Bremen abgewandert oder haben sich für einen Standort im niedersächsischen Umland entschieden.

A5 Antragssteller: Basti Tietjen, Kreisverband Bremen

1 **Erhöhung des Freibetrags des Urlaubs- und Weihnachtsgeldes**

2

3 **EntschlieÙung**

4 Der Brementag der Jungen Union Bremen möge beschließen, dass der Freibetrag des Urlaubs- und
5 Weihnachtsgeldes erhöht wird.

6

7 **Begründung**

8 Das gezahlte Weihnachts- bzw. Urlaubsgeld bekommen Arbeitnehmer*innen als Sonderzahlung für
9 geleistete Tätigkeit. Dies gilt als Anreiz oder Bonus, der leider wegfällt, wenn vom gezahlten Geld
10 gerade einmal die Hälfte oder weniger übrigbleibt.

A6 Antragssteller: Wiebke Winter, Kreisverband Bremen-Nord

1 **Generationengerechte Rentenpolitik vorantreiben**

2

3 **EntschlieÙung**

4 Der Brementag der Jungen Union Bremen fordert die (ggf. große) Koalition auf, das
5 Renteneintrittsalter schrittweise auf 70 Jahre weiter zu erhöhen. Dabei sollte das Renteneintrittsalter
6 linear mit der Lebenserwartung der Bevölkerung steigen. Die Rente mit 63 muss abgeschafft werden.
7 Menschen in körperlich anstrengenden Berufen sollen entsprechend umgeschult werden oder eine
8 Erwerbsunfähigkeitsrente erhalten. Bei einer Annahme (ggf. in geänderter Fassung) wird der Antrag
9 auf dem Landesparteitag der CDU Bremen gestellt.

10

11 **Begründung**

12 Die deutsche Bevölkerung wird immer älter. Während 1960 die Lebenserwartung der Deutschen noch
13 bei 69,1 Jahren lag, so lag sie 2015 schon bei 81,9 Jahren. Die Lebenserwartung wird voraussichtlich
14 auch in der Zukunft steigen. Um dieser längeren Rentenbeziehung Rechnung zu tragen, muss auch das
15 Renteneintrittsalter weiter erhöht werden. Menschen, die aufgrund ihrer körperlichen Verfassung im
16 hohen Alter nicht mehr in ihrem Beruf tätig sein können, sollen umgeschult und entsprechend
17 weiterbeschäftigt werden oder eine Erwerbsunfähigkeitsrente beziehen.

A7 Antragssteller: Lukas Dietzel, Landesverband

1 **Befreiung öffentlicher Gebäude und Straßenlagen von Graffiti**

2

3 **EntschlieÙung**

4 Der Brementag der Jungen Union Bremen fordert Bremen fordert die CDU Fraktion im Land Bremen
5 auf, sich durch eine parlamentarische Initiative für eine dauerhafte Befreiung öffentlicher Gebäude
6 und Straßenlagen von Graffiti einzusetzen. Zu diesem Zweck soll ein Rahmenvertrag mit der Bremer
7 Straßenreinigung geschlossen werden, wonach neue Graffiti innerhalb vom 72 Stunden Werktags
8 entfernt wird um Nacharmer abzuschrecken.

9

10 **Begründung**

11 Bremen als Touristisch geprägte Stadt hat in Deutschland mit einem schlechten Image zu kämpfen,
12 dieses beginnt bei der Bildungspolitik, geht über die hohe Kriminalität bis zu den dreckigen Straßen.
13 Sowohl Touristen als auch einheimischen sind neben der Vermüllung auch die Zunehmens von Graffiti
14 Tags überzogen öffentlichen Bauten ein Dorn im Auge. Es ist erwiesen, das in Gegenden mit viel
15 Vermüllung und Graffiti das Sicherheitsgefühl der Menschen leidet.

16

17 In diesem Zusammenhang sei u.a. auf die Broken-Windows-Theorie verwiesen, nach dieser besteht ein
18 direkter Zusammenhang zwischen Verwüstungen in und Vernachlässigung von Stadtgebieten und
19 Kriminalität. Die US-amerikanischen Sozialforscher James Q. Wilson und George L. Kelling illustrierten
20 die Aussage ihrer Theorie mit der Behauptung, dass eine zerbrochene Fensterscheibe schnell repariert
21 werden muss, damit weitere Zerstörungen im Stadtteil und damit vermehrte Delinquenz verhindert
22 werden.

23

24 Nur durch eine schnelle und Konsequente Beseitigung der Graffiti an öffentlichen Gebäuden und
25 Straßenanlagen in Zusammenwirken mit der Arbeit des neuen Ordnungsdienstes kann das
26 Sicherheitsgefühl gesteigert und die zunehmende Verwahrlosung der Stadtteile gestoppt werden.

A8 Antragssteller: Maximilian Neumeyer, Kreisverband Bremen-Nord

1 **Grundsteuerreform nutzen – Familien entlasten, Eigentum ermöglichen**

2

3 **EntschlieÙung**

4 Die Junge Union Landesverband Bremen spricht sich dafür aus, dass die durch das
5 Bundesverfassungsgericht notwendig gewordene Reform der Grundsteuer genutzt wird um
6 Immobilieneigentümer und Familien zu entlasten. Dafür soll die Grundsteuer für selbstgenutzte
7 Immobilien für die erste Person um 25% und für jede weitere Person um 10% gesenkt werden. Nicht
8 selbstgenutzte Immobilien sollen weiterhin mit dem vollen Grundsteuerbetrag besteuert werden.
9 Dafür wird sich die Junge Union Landesverband Bremen entsprechend auf dem Landesparteitag der
10 CDU Bremen und dem Deutschlandtag der Jungen Union einsetzen.

11

12 **Begründung**

13 Die Rolle von Eigentum nimmt in Zeiten von steigender Mieten und sinkender Renten stetig zu. Vielen
14 jungen Menschen und jungen Familien ist es aber nicht möglich Eigentum zu erwerben. Dies soll durch
15 diesen Reformvorschlag erleichtert werden.

16 Der Fokus auf die gemeinsame Nutzung durch mehrere Personen, soll darüber hinaus zur Stärkung der
17 Familien in Deutschland dienen.

A9 Antragssteller: Maximilian Neumeyer, Kreisverband Bremen-Nord

1 **Demokratie stärken – Aktionstage für Deutschland und Europa**

2

3 **EntschlieÙung**

4 Am 23. Mai 2019 jährt sich die Unterzeichnung des Grundgesetzes, am 25. März 2027 jährt sich die
5 Unterzeichnung der Römischen Verträge jeweils zum 70. Mal. Anlässlich dieser Jubiläen spricht sich
6 die Junge Union Landesverband Bremen dafür aus, dass diese Tage im Land Bremen zu Feiertagen
7 erklärt werden. Innerhalb der Wochen, in die diese Tage fallen sollen an allen Bremer Schulen
8 Aktionstage durchgeführt werden, die sich mit den Werten der Bundesrepublik und der Europäischen

9 Union auseinandersetzen und diese hervorheben. An den jeweiligen Tagen soll auf dem Marktplatz ein
10 öffentliches Bürger- und Familienfest für Demokratie, Vielfalt und Europa stattfinden. Die Aktionstage
11 sollen künftig an allen durch 10 und 25 teilbaren Jubiläen stattfinden. Dafür wird sich die Junge Union
12 Landesverband Bremen entsprechend auf dem Landesparteitag der CDU Bremen einsetzen. Eine
13 Einbringung auf dem Deutschlandtag der Jungen Union wird durch den Landesvorstand geprüft.
14

15 **Begründung**

16 In Zeiten von steigender Skepsis gegenüber unserer Demokratie und der Institutionen der
17 Europäischen Union ist es wichtig deren Werte bei den Bürgern und insbesondere bei Schülern immer
18 wieder zu verankern.

A10 Antragssteller: Jason Julion, Kreisverband Bremen-Nord

1 **Leistungsorientiertes Lernen an Bremer Schulen**

2

3 **EntschlieÙung**

4 Der Bremetag der Jungen Union Bremen fordert die CDU-Bremen auf, im Hinblick auf die
5 bevorstehende Bürgerschaftswahl 2019 leistungsorientiertes Lernen stärker in den Fokus zu stellen.
6 Die schulische Leistung von Grundschulern soll wieder mithilfe der klassischen Bewertungsskala (1-6)
7 festgestellt werden, um eine zu starke Umstellung infolge des Wechsels auf eine weiterführende
8 Schule zu vermeiden. Des Weiteren besteht aufgrund der zunehmenden Heterogenität der
9 Schülerschaft an Gymnasien die Notwendigkeit, bindende Empfehlungen für weiterführende Schulen
10 wieder einzuführen. Im Zuge dessen soll die Nichtversetzung aufgrund mangelhafter Leistungen
11 ebenfalls wieder verbindlich werden.
12

13 **Begründung**

14 Viele Grundschüler empfinden den Wechsel auf eine weiterführende Schule als harten Umbruch. Dies
15 liegt auch größtenteils an der erstmaligen Vergabe von Noten. Da Noten jedoch erforderlich sind, um
16 Transparenz hinsichtlich der Leistungsbewertung zu schaffen, Schüler an die Realität von
17 weiterführender Schule und Beruf bezüglich der erbrachten Leistung zu gewöhnen und einen
18 fließenden Übergang zu gestalten, ist die Notenvergabe an Grundschulen zu befürworten.
19 Das Gymnasium sieht im Gegensatz zur Oberschule das Abitur als Abschluss vor. Daraus resultiert der
20 Anspruch, Anlaufstelle für leistungsstarke Schüler zu sein. Jedoch haben Bremer Lehrkräfte immer
21 häufiger das Problem, individuellen Stärken und Schwächen von Schülern nicht mehr nachgehen zu
22 können, da die Heterogenität der Schülerschaft infolge der Aufhebung von verbindlichen
23 Empfehlungen nahezu unüberbrückbar geworden ist. Gemäß dem Prinzip „Fordern und Fördern“ sind
24 ausdrücklich leistungsschwache wie leistungsstarke Schüler gleichermaßen negativ betroffen. Da
25 Unterrichtsinhalte aufeinander aufbauen, können mangelhafte Leistungen in den folgenden
26 Klassenstufen kaum verbessert werden. Dies sorgt für Frustration. Die Nichtversetzung hingegen,
27 ermöglicht eine Vertiefung der Unterrichtsinhalte sowie die weitere persönliche Reifung. Darüber
28 hinaus entsteht ein Leistungsanreiz, da auch die Berufsbildungsreife (BBR) erst mit der Versetzung in
29 Klasse 9 bzw. 10 erreicht wird

A11 Antragssteller: Kjell Menke, Kommission Digitale Wirtschaft / Stadtentwicklung

1 **Diesel: Fahrverbote verhindern, Hardware-Nachrüstungen ablehnen**

2

3 **EntschlieÙung**

4 Der Bremetag der Jungen Union fordert die CDU Bremen dazu auf, sich in der Diskussion um den
5 Dieselantrieb für mehr Sachlichkeit einzusetzen. Fahrverbote oder eine zusätzliche Plakette sollen
6 abgelehnt und somit eine Enteignung der Besitzer vermieden werden. Auch Hardware-Nachrüstungen

7 auf Kosten der Hersteller dürfen nicht die Lösung für ein Problem sein, für das auch die Politik eine
8 Mitverantwortung trägt.

9

10 **Begründung**

11 In der Debatte um den zu hohen Stickstoffoxidausstoß mancher Diesel-Pkw wird meist völlig
12 vernachlässigt, weshalb sich die Antriebstechnologie so hoher Beliebtheit erfreut(e) und bei den drei
13 deutschen Premiumherstellern 2015 in über 70 % der verkauften Pkw eingebaut wurde. Der
14 Dieselantrieb ist effizienter als ein vergleichbarer Ottomotor (Benzin) und emittiert bis zu 20 % weniger
15 klimaschädliches Kohlenstoffdioxid. Somit tragen Diesel-Pkw einen erheblichen Teil zur Reduktion des
16 Kohlenstoffdioxidausstoßes bei. Darüber hinaus sind sie für die deutsche Automobilindustrie
17 unentbehrlich für das Erreichen der ab 2020 geltenden CO₂-Grenzwerte der Europäischen Union.

18 Das Vertrauen der Bevölkerung in den Dieselmotor muss unbedingt gestärkt werden. Es ist untragbar,
19 wie die heimische Industrie öffentlich schlecht geredet wird, obwohl deutsche Diesel-Pkw mit Abstand
20 die saubersten sind (siehe ADAC EcoTest). Trotzdem führen die deutschen Hersteller umfangreiche
21 Software-Updates durch, während ausländische Hersteller alle Formen der Nachrüstung kategorisch
22 ablehnen. Zusätzlich leistet die heimische Automobilindustrie mit der Umweltprämie und Zahlungen
23 an den Diesel-Fond ihren Beitrag zur Reduzierung der Luftverschmutzung.

24 Die hohe Abweichung zwischen auf dem Prüfstand ermittelten und unter Realbedingungen
25 gemessenen Werten ist ein Problem. Wie auch beim ermittelten Kraftstoffverbrauch, liegt dies aber
26 größtenteils am verwendeten Fahrzyklus, welcher vom Gesetzgeber, in diesem Fall der Europäischen
27 Union, vorgeschrieben wird. Deshalb ist auch dieser mitverantwortlich für die hohen Abweichungen.
28 Somit sollte die Schuld nicht nur den Automobilherstellern zugeschoben werden. Im Übrigen war dem
29 Gesetzgeber das Problem der zu hohen Abweichungen bereits vor Jahren bekannt, weshalb aktuell
30 vom alten Fahrzyklus NEFZ auf den neuen und deutlich realitätsnäheren WLTC umgestiegen wird.

31 Neben der Elektromobilität ist der Dieselantrieb einer der wichtigsten Bausteine um die Pariser
32 Klimaziele zu erreichen. Und als ein solcher sollte er auch öffentlich benannt werden. Statt
33 unsachlicher Diskussionen wäre eine Zusammenarbeit zwischen Politik und Industrie nötig, um
34 entstandene Fehler und Probleme in Zukunft vermeiden zu können.

35 Die Automobilindustrie steht aktuell vor dem größten Umbruch ihrer Geschichte. Statt sie mutwillig zu
36 schädigen, sollten wir stolz auf die Erfolge deutscher Ingenieure sein und gemeinsam in die Zukunft
37 starten. Auch in zehn Jahren wird die Automobilwirtschaft die größte deutsche Exportindustrie sein
38 und sichere Arbeitsplätze bieten ebenfalls im Mercedes-Benz Werk Bremen.

A12 Antragssteller: Tim Karadas, Kreisverband Bremen

1 **Kostenbegleichung der Hardware-Nachrüstungen für die Verbraucher**

2

3 **EntschlieÙung**

4 Die Kosten der Hardware-Nachrüstung bei Dieselfahrzeugen sollten von Autobauer selbst beglichen
5 werden, denn die Emissionswerte der Dieselfahrzeuge wurden von 2007 bis zum Jahre 2015 vom
6 Autobauer verheimlicht und illegal manipuliert. Der verursachte wirtschaftliche Schaden der
7 Autobauer beträgt schätzungsweise 39 Milliarden, womöglich sogar auf 100 Milliarden steigen und
8 das alleine in den USA und Europa angemerkt. Es wurden bereits rechtliche Schritte von den Gerichten
9 den USA im Folgejahr unternommen, um den Kunden ihre berechnete Hardware-Nachrüstung zu
10 geben, sowie u. a. auch weitere Leistungen anzubieten. Daher ist das Aufkommen der Kosten von
11 seitens der Autobauer, eine wichtige und entscheidende Begleichung für die verursachten
12 Unannehmlichkeiten der Verbraucher, die absolut notwendig ist.

13

14 **Begründung**

15 Nach den Studien der deutschen Umweltbehörde sind die Stickstoffoxidgrenzwerte des Euro 6 Diesel
16 Pkw um etwa das sechsfache zu hoch, die des Euro 5 das Fünffache zu hoch, die des Euro 4 das
17 Dreifache zu hoch und die des Euro 3 um etwa 75% zu hoch. Den Autobauern wurden auf die zu hohen

18 Emissionswerte 2007 bereits hingewiesen, aber die Schritte für eine Nachrüstung oder zumindest einer
19 Minderung der hohen Emissionswerte wurden ignoriert und/oder vernachlässigt. Der Test für die
20 Emissionswerte wurde unter Manipulation der Software durchgeführt, sowie unter einer
21 unregelmäßigen Raddrehzahl, die daraufhin die Emissionswerte künstlich nach unten gedrückt hat.

A13 Antragssteller: Clara Parusel, Kreisverband Bremen-Nord

1 **Verstärkte Polizeipräsenz in Bremen-Vegesack**

2

3 **EntschlieÙung**

4 Der Brementag der Jungen Union Bremen möge beschließen, dass die Anzahl an Streifenwagen in
5 Bremen-Nord merklich erhöht werde. Bei einer Annahme (ggf. in geänderter Fassung) wird der Antrag
6 auf dem Landesparteitag der CDU Bremen gestellt.

7

8 **Begründung**

9 Da es sich bei dem Stadtteil Bremen-Vegesack um einen sozialen Brennpunkt handelt, insbesondere in
10 Hinblick auf die Grohner Düne, ist eine erhöhte Polizeipräsenz auf den Straßen im Gebiet Bremen-Nord
11 und insbesondere in Bremen-Vegesack notwendig. Aus der Polizeilichen Kriminalitätsstatistik 2016 für
12 das Land Bremen ist zu entnehmen, dass ein Anstieg der Kriminalitätsrate von ca. 7% über den
13 Zeitraum von 2014 bis 2016 verzeichnet wurde. Daraus resultiert ein abnehmendes Sicherheitsgefühl
14 der Bremer und insbesondere der Vegesacker Bürger. Die Finanzierung soll aus dem Etat für Inneres
15 erfolgen.

A14 Antragssteller: Clara Parusel, Kreisverband Bremen-Nord

1 **Dauerhafte Polizeipräsenz im Polizeirevier Bremen-Vegesack**

2

3 **EntschlieÙung**

4 Der Brementag der Jungen Union Bremen möge beschließen, dass neben dem Polizeirevier in Lesum
5 ebenfalls das Polizeirevier Bremen-Vegesack wieder rund um die Uhr für Notrufeinsätze zur Verfügung
6 stehe. Bei einer Annahme (ggf. in geänderter Fassung) wird der Antrag auf dem Landesparteitag der
7 CDU Bremen gestellt.

8

9 **Begründung**

10 Da es sich bei dem Stadtteil Bremen-Vegesack um einen sozialen Brennpunkt handelt, insbesondere in
11 Hinblick auf die Grohner Düne, ist eine dauerhafte Polizeipräsenz im Revier Vegesack notwendig. Aus
12 der Polizeilichen Kriminalitätsstatistik 2016 für das Land Bremen ist zu entnehmen, dass ein Anstieg
13 der Kriminalitätsrate von ca. 7% über den Zeitraum von 2014 bis 2016 verzeichnet wurde. Daraus
14 resultiert ein abnehmendes Sicherheitsgefühl der Bremer und insbesondere der Vegesacker Bürger.
15 Die Finanzierung soll aus dem Etat für Inneres erfolgen.

A15 Antragssteller: Moritz Leonard Esche, Kreisverband Bremen

1 **Bremen sicher machen**

2

3 **EntschlieÙung**

4 Der Brementag der Jungen Union Bremen möge beschließen, dass der Ausbau der Videoüberwachung
5 an den öffentlichen Plätzen in Bremen vorangetrieben wird.

6

7 **Begründung**

In Bremen finden vermehrt Gewaltdelikte statt, wie die Bremer Kriminalitätsstatistik 2017 belegt.
Diesen kann an öffentlichen Plätzen wie dem Ziegenmarkt, der Meile oder dem Bahnhofsvorplatz

durch Videoaufzeichnung begegnet werden, ohne dass die Polizei omnipräsent sein muss. So belegt die Empirie den Rückgang von Gewalttaten oder anderen strafrechtlich relevanten Delikten um bis zu 50% (Brandon C. Welsh and David P. Farrington (2014). THE OXFORD HANDBOOK OF CRIME PREVENTION Oxford, UK: Oxford University) bei Installation von Videoüberwachung. Die Freiheitsrechte gemäß Artikel 2 des GG werden gewahrt, indem die Videoaufnahmen nur der Polizei zugänglich sind, was die angestrebte Speicherung aller Inhalte für wenige Tage betrifft. Darüber hinausgehende Speicherung bedarf eines konkreten Anlasses.

A16 Antragssteller: Theresa Gröninger, Kreisverband Bremen

1 **Kostenübernahme von hormonellen Verhütungsmitteln für Schüler,** 2 **Auszubildende, Studenten und Hartz-IV Empfänger**

3

4 **EntschlieÙung**

5 Der Bremenstag der Jungen Union Bremen möge beschließen, dass die Kosten für hormonelle
6 Verhütungsmittel für Schüler, Auszubildende, Studenten, Sozialhilfeempfänger und Geringverdiener
7 von gesetzlichen Krankenkassen bis zur Aufnahme einer regulären Berufstätigkeit übernommen
8 werden sollen.

9

10 **Begründung**

11 Das Recht auf sexuelle Selbstbestimmung und Familienplanung ist ein Menschenrecht und aus diesem
12 Grund sollte jedermann in der Lage sein, frei entscheiden zu können, ob und wann man eine Familie
13 gründen möchte.

14 Die Kosten für Verhütungsmittel auf Rezept werden in Deutschland lediglich bis zum 20. Lebensjahr
15 von den Krankenkassen übernommen. Danach muss jede Frau die Kosten für die Pille oder Spirale, die
16 als sehr sichere Verhütungsmittel gelten, selber tragen. Die Preise variieren stark und so kostet eine
17 Monatspackung zwischen 5 und 15 Euro, allerdings ist auf Grund der unterschiedlichen
18 Hormonzusammensetzung davon auszugehen, dass nicht jede Pille zu jeder Frau passt. Im Hartz IV
19 Regelsatz erhalten Frauen und Männer 17,59 Euro für die monatliche Gesundheitspflege. Frauen
20 müssen hiervon unter anderem auch die monatliche Hygieneartikel und ggf. weitere Medikamente
21 zahlen, die den finanziellen Spielraum zusätzlich verringern. Es ist davon auszugehen, dass das Geld
22 bei Schülern, Auszubildenden und Studenten ab dem 20. Lebensjahr ähnlich knapp ist.

23 Aus einer Studie der Bundeszentrale für gesundheitliche Aufklärung geht hervor, dass die Zahl der
24 ungewollten Schwangerschaften bei Frauen, die Hartz IV erhalten fast dreimal höher ist, als bei Frauen
25 ohne finanzielle Probleme. In der Folge treiben diese Frauen dreimal häufiger ab.

26 Um diese Notlagen und die Anzahl an Schwangerschaftsabbrüchen zu verhindern fordern wir die
27 Kostenübernahme von hormonellen Verhütungsmitteln durch die gesetzlichen Krankenkassen bis zum
28 Einstieg in die erste reguläre Berufstätigkeit.

29

30 Nach Annahme durch den Bremenstag ist dieser Antrag an den Deutschlandtag der Jungen Union 29
31 Deutschlands weiterzuleiten.

A17 Antragssteller: Theresa Gröninger, Kreisverband Bremen

1 **Audiovisuelle Aufnahmen von Zeugen- und Beschuldigenaussagen**

2

3 **EntschlieÙung**

4 Der Bremenstag der Jungen Union Bremen möge beschließen, dass Zeugenaussagen zukünftig im
5 Ermittlungsverfahren und im Gericht audiovisuell aufzunehmen sind, sodass sie für die

6 Beweisaufnahme verwendbar sind. Aufzeichnungen sind nach endgültigen Abschluss des Verfahrens
7 zwingend zu löschen.

8

9 **Begründung**

10 Bei einer Strafanzeige fasst der Kriminalbeamte den ihm wesentlich erscheinenden Inhalt einer
11 Zeugenaussage oder Beschuldigteneinlassung in eigener Sprache zusammen und fügt persönliche
12 Eindrücke in Vermerken hinzu. Er prägt damit durch seine Sprache und seinen Fokus den weiteren
13 Verlauf der Ermittlung bzw. der Beweisaufnahme. Was dem vernommenen Zeugen oder Beschuldigten
14 selbst hingegen wichtig erscheint, wird oftmals außer Acht gelassen. Auch im Gericht werden keine
15 Zeugenaussagen aufgezeichnet und so schreiben Richter, Verteidiger und Staatsanwalt ihre eigenen
16 Eindrücke mit und filtern die Aussagen nach eigener Auffassung. Somit kann durch eine audiovisuelle
17 Aufzeichnung stenografisches Mitschreiben der Verteidiger und Staatsanwälte in Prozessen umgangen
18 werden und diejenigen haben somit Zeit sich auf das Wesentliche und das Verfahren zu konzentrieren.
19 Im Vergleich hierzu sind Journalisten presserechtliche dazu verpflichtet, Interviews Wort für Wort
20 aufzuzeichnen und auch LKW-Fahrer und Ärzte werden dazu verpflichtet jede Handlung
21 aufzuzeichnen.

22 Bei Gerichtsverfahren geht es um den potentiellen Eingriff in die Freiheit eines Individuums und das
23 Ausmaß kann über den Verlauf von persönlichen Lebensläufen entscheiden. Zwar wurde im August
24 2017 ein „Gesetz zur effektiveren und praxistauglicheren Ausgestaltung des Strafverfahrens“
25 verabschiedet, dass die audiovisuelle Aufzeichnung von Beschuldigtenaussagen als „Kann-“ Lösung ab
26 dem 1. Januar 2020 vorsieht. Allerdings wird audiovisuelle Aufzeichnung nur zwingend bei
27 Beschuldigten, denen ein Tötungsdelikt vorgeworfen wird und bei einer besonderen
28 Schutzbedürftigkeit eines Verdächtigen. Folglich werden weiterhin (größere) Wirtschaftsstraftaten
29 und Staatsschutzsachen nach wie vor ohne jedes Inhaltsprotokoll statt. Laut Paragraph 261
30 Strafprozessordnung aus dem Jahr 1877 urteilt ein Gericht „nach seiner freien, aus dem Inbegriff der
31 Hauptverhandlung ausgeschöpften Überzeugung“ und ein Richter muss, laut
32 Bundesverfassungsgericht, seinen Schuldspruch „auf einer tragfähigen Beweisgrundlage“ aufbauen,
33 die eine objektiv hohe Wahrscheinlichkeit gewährleistet. Audiovisuelle Aufnahmen würden die
34 richterliche Überzeugungsbildung überprüfbar machen und somit Willkür verhindern.
35 Verhaltenspsychologische Erkenntnisse zeigen uns weiterhin, dass der Mensch kein rationales Wesen
36 ist und menschlich Dinge in eigene Gedankenstrukturen einführt. Davor sind auch Richter nicht gefeit.
37 Um zu verhindern, dass ohne Kontrolle Ungesetzliches gedeiht, fordern wir die audiovisuelle
38 Aufnahme Zeugenaussagen und in polizeilichen Ermittlungen und in Gerichtsverfahren. Um dafür
39 Sorge zu tragen, dass diese Aufnahmen nicht in die Hände Dritter gelangen ist höchster Datenschutz
40 absolut unerlässlich.

41

42 Nach erfolgreicher Annahme ist dieser Antrag an den Deutschlandtag der Jungen Union Deutschlands
43 weiterzuleiten.

A18 Antragssteller: Theresa Gröninger, Kreisverband Bremen

1 **Weiterförderung der Skatehalle „Bremer Sportgarten“ im Postamt 5 durch die** 2 **Stadt Bremen**

3

4 **EntschlieÙung**

5 Der Bremenstag der Jungen Union Bremen möge beschließen, dass die Stadt Bremen zukünftig
6 kontinuierlich finanzielle Mittel (i.H.v. 75.000 Euro) für die Skate-Anlage des Sportgarten im Postamt 5
7 bereitstellt.

8

9 **Begründung**

10 Der Bremer Senat und der Ortsbeirat Mitte streiten um die Finanzierung der Skatehalle im Postamt 5
11 und somit droht der 2016 eröffneten Skate-Anlage nun die Schließung, obwohl die Halle von

12 Jugendlichen gut besucht wird. Die Halle bietet Skatern, BMX und Scooterfahrern einen Skatepark, um
13 ihrem Hobby nachzugehen. Die Errichtung des Indoor-Skatepark hat 250 000 Euro gekostet und wurde
14 von vielen Beteiligten durch handwerklichen Einsatz unterstützt. 2014 finanzierte der Bausenator 175
15 000 Euro aus dem Verkauf des Bahnhofvorplatzes frei. Seit diesem Jahr erhält der Sportgarten für den
16 Betrieb der Skatehalle im Postamt 5 keine Finanzierung mehr. Als einmalige Zuwendung erhielt der
17 Verein 2017 rund 75 000 aus Mitteln der offenen Jugendarbeit der Stadtteile Mitte und östliche
18 Vorstand. Allerdings sind nicht nur Jugendliche aus diesem Quartier Gast in der Skatehalle und somit
19 ist eine überregionale Finanzierung durch die Stadt Bremen absolut notwendig. Die Errichtung der
20 Skate-Anlage war 2014 eine politische Entscheidung und die gilt es jetzt nicht als Eintagsfliege abzutun,
21 sondern die zahlreichen Jugendlichen, die dort ihrem Hobby nachgehen auch nachhaltig weiter zu
22 unterstützen.

23 In der Skatehalle wird nicht nur geskated und so haben Jugendliche dort auch die Chance Angebote zur
24 Digitalisierung wahrzunehmen und den Umgang mit Medien, mit Drohnen, 3-D Druckern und Laser-
25 Cuttern zu erlernen. Weiterhin schult der gemeinsame Bau an der Skateanlage handwerkliches
26 Geschick. Die Arbeit in der Skatehalle hat ein sehr gutes Renommee und die Skatehalle leistet wichtige
27 Sozial-, Integrations- und Inklusionsarbeit und ist damit absolut zu unterstützen.

28

29 Nach erfolgreicher Annahme ist dieser Antrag an den Landesparteitag der CDU weiterzuleiten.

A19 Antragssteller: Philipp van Gels, Landesverband

1 **Schnellere Rüstungsbeschaffung und Auswahl von marktverfügbaren** 2 **Systemen**

3

4 **EntschlieÙung**

5 Die Junge Union Bremen fordert den Deutschlandtag der Jungen Union dazu auf, sich für schnellere
6 Rüstungsbeschaffung und Auswahl von marktverfügbaren Systemen für die Bundeswehr einzusetzen.

7

8 **Begründung**

9 Die Kürzungen der vergangenen Jahre haben bei der Bundeswehr ihre Spuren hinterlassen. Auf dem
10 NATO-Gipfel in Wales und in dem Weißbuch hat sich die Bundesregierung dazu bekannt, international
11 noch mehr Verantwortung übernehmen zu wollen. Der desolate Zustand der Ausrüstung, die immer
12 anspruchsvolleren Auslandseinsätze und die Rückbesinnung auf die Landes- und Bündnisverteidigung
13 können mit der momentanen Ausstattung nicht aufrechterhalten werden. Der Anspruch und die
14 Wirklichkeit passen hier nicht zusammen. Die Bundeswehr benötigt einen beschleunigten Zulauf an
15 Material und eine Abkehr von risikoreichen Beschaffungen. Das neue Drohnen-Aufklärungssystem
16 PEGASUS macht es vor, hin zu marktverfügbaren Lösung und weg von risikoreichen
17 Entwicklungsvorhaben wie TLVS/MEADS, wo Deutschland einziges Nutzerland mit vollem Risiko ist. Im
18 Thesenpapier III – Rüstung digitalisierter Landstreitkräfte von Generalleutnant Frank Leidenberger
19 wird es deutlich, „die bisher beschrittenen Wege zur Beschaffung von Ausrüstung für die Bundeswehr
20 führen schon heute nicht zu voll einsatzbereiten Landstreitkräften, für moderne digitalisierte
21 Landstreitkräfte der Zukunft erscheinen sie weitgehend ungeeignet“.

22

23 Nach erfolgreicher Annahme ist dieser Antrag an den Deutschlandtag der Jungen Union Deutschlands
24 weiterzuleiten.

A20 Antragssteller: Philipp van Gels, Landesverband

1 **Erstellung und Durchsetzung eines Konzepts für die Elektromobilität im Land** 2 **Bremen**

3

4 **EntschlieÙung**

5 Der Bremetag der Jungen Union fordert die CDU Bremen dazu auf, im Hinblick auf die
6 Bùrgerschaftswahl 2019 ein Konzept für die Elektromobilität im Land Bremen vorzulegen. Im Land
7 Bremen ist es möglich, durch relativ geringen Aufwand im Vergleich zu Flächenländern ein Vorreiter
8 der Elektromobilität zu werden. Wir fordern daher

- 9 - Erhöhung der Anzahl der Ladesäulen

10 Hierzu müssen Mittel des BMVI angefragt werden. Die Bundesregierung hat in ihrem Koalitionsvertrag
11 einen Ausbau auf 100.000 Ladepunkte bis 2020 unterzeichnet. Bremen belegt in der aktuellen CAR-
12 Studie (2017) Platz 21 der 50 größten Städte mit 13.379 Einwohnern pro Ladesäule. Spitzenreiter
13 Stuttgart verfügt über eine Infrastruktur von 2694 Einwohnern pro Ladesäule. Wir fordern daher einen
14 Ausbau auf 4000 Einwohner pro Ladesäule bis 2020, von denen mindestens 20% Schnellladesäulen
15 sein müssen.

- 16 - Vollständige Elektrifizierung der Behörden

17 Wir fordern dazu auf, sich hier ein Beispiel an Hamburg zu nehmen, wo bei jeder Anschaffung eines
18 Behördenfahrzeugs hinreichend begründet werden muss, warum sich hier kein Elektroauto oder Plug-
19 In Hybrid eignet. Gerade in Bremen sind die Strecken in der Regel so kurz, dass eine elektrifizierte
20 Verwaltungsflotte einen Beitrag zur Luftreinheit in den Städten leisten würde. Dies gilt ebenfalls für
21 Dienstwagen des Senats.

- 22 - Höhere Geldbußen für Parken auf Elektroauto-Parkplätzen

23 Ein entsprechender Tatbestand soll hierfür in den Verkehrsordnungswidrigkeiten-Katalog eingeführt
24 werden. Unter Umständen sollte hier auch das Abschleppen von ordnungswidrig geparkten
25 Fahrzeugen angeordnet werden dürfen, u.a. bei Parkplätzen in der Nähe von Behörden und
26 öffentlichen Einrichtungen.

- 27 - Vollständige Elektrifizierung der Busflotte

28 Das aktuelle Konzept sieht bis 2025 nur 55 Busse vor, was ca. der halben Flotte entspricht.

- 29 - E-Bikes durch Drittmittelhilfe durchsetzen

30 E-Bikes gehören zur elektromobilen Verkehrslandschaft. Um in Bremen ein flächendeckendes Angebot
31 zur Verfügung zu stellen muss geprüft werden, ob gegebenenfalls Drittmittel wie z.B. in London
32 eingeworben werden können. Lokalen Unternehmen, die sich hieran beteiligen wollen, sollen hierfür
33 Anreize geschaffen werden.

- 34 - Elektromobilität öffentlich bewerben

35 Um den Bremer Bürgern das Angebot und ihre Vorteile durch den Einsatz von Elektromobilität
36 aufzuzeigen muss Elektromobilität öffentlich beworben werden. Bremen hier als Vorreiter darzustellen
37 soll auch durch Werbung über die Landesgrenze hinaus gefördert werden.

38 **Begründung**

39 Ggf. Mündlich

A21 Antragssteller: Ann-Kathrin Mattern, Kreisverband Bremen

1 **Genderwahn stoppen**

2

3 **Entschließung**

4 Die Junge Union Bremen fordert die CDU Bremen und die CDU-Fraktion im Land Bremen dazu auf, sich
5 in ihrer Außendarstellung bei Formulierungen, die beide Geschlechter betreffen, auf die Doppelform
6 (Schülerinnen und Schüler), Schrägstrich (Schüler/in) und Klammer (Schüler(in)) zu beschränken.
7 Konstruktionen wie die „Gendergap“, das „Gendersternchen“, Binnenmajuskel und Binnen-I mit
8 generischem Femininum lehnen wir ab.

9

10 **Begründung**

11 Das Verwenden von einer sogenannten gendergerechten Sprache trägt nichts zur Gleichstellung von
12 Mann und Frau bei. Darüber hinaus sind Konstruktionen wie „Gendergap“ oder das
13 „Gendersternchen“ für einen mündlichen Vortrag gänzlich ungeeignet und führen nur zu einer
14 unnötigen Verkomplizierung im Schriftbild.